



„Chance Sicherheitsratssitz – Was fehlt zu einer feministischen Friedens- und Sicherheitspolitik Deutschlands?“

Ergebnisse und Empfehlungen eines Expert*innen-Workshops

Durch seine politische, historische, wirtschaftliche und soziale Disposition kann Deutschland als externer Akteur entscheidenden Einfluss auf Friedensentwicklungen, Konfliktbewältigung und sicherheitspolitische Entscheidungsprozesse nehmen. Insbesondere mit Hinblick auf den nicht-ständigen **Sitz Deutschlands im UN-Sicherheitsrat** hat die deutsche Regierung angekündigt, die Agenda zu Frauen, Frieden und Sicherheit nachhaltig zu stärken. 2020 wird sich außerdem die UN-Resolution 1325 zum 20. Mal jähren und der deutsche Aktionsplan für dessen Umsetzung erneuert werden. Eine strategische Positionierung und Vorbereitung auf diese Ereignisse in Bezug auf eine inklusivere Friedens- und Sicherheitspolitik im weiteren Sinn kann Deutschland nicht nur internationale Sichtbarkeit verleihen, sondern eröffnet auch die Chance, die Realitäten von Menschen in Krisengebieten nachhaltig zu verändern.

Der **Expert*innen-Workshop** fand am 30. August 2018 in Berlin statt – mit Vertreter*innen der verschiedenen Regierungsressorts inklusive des Auswärtiges Amtes, von Bundestagsfraktionen, der deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) sowie Vertreter*innen aus Forschung und Zivilgesellschaft. Ziel war es, in Bezug auf die zukünftige Implementierung der Frauen, Frieden und Sicherheits-Agenda konkrete Vorschläge zu entwickeln und dabei auf bestehenden internationalen Bestimmungen¹ aufzubauen.

Teilnehmer*innen diskutierten in drei unterschiedlichen Gruppen über die folgenden Themen und formulierten abschließend Empfehlungen:

1. Deutschland im UN Sicherheitsrat –**Fortsetzung Schwedens feministischer Außenpolitik vs. eigene Akzente setzen**
2. Deutschland im UN Sicherheitsrat –**eine feministische Analyse der aktuellen Leitlinien**
3. Deutschland im UN Sicherheitsrat –**Allianzen und Akteur*innen**

Empfehlungen für Deutschlands Sitz im Sicherheitsrat

1. Eine **strategische Themensetzung** für Deutschlands Zeit als nichtständiges Mitglied im Sicherheitsrat könnte den Themenbereich Frauen, Frieden und Sicherheit in den Fokus rücken: so sollte Deutschland u.a. thematische Schwerpunkte in den Bereichen „Schutz und Unterstützung von zivilgesellschaftlichen Peacemakern, insbesondere Frauen, in der Implementierungsphase von Friedensabkommen“, „sexualisierte Gewalt, auch gegen Männer und Jungen“, „verstärkte qualitative Beteiligung von Frauen, jungen Menschen und politischen

¹ Neben des Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW, insbesondere Empfehlung 30) gehören die UN Resolutionen zu Frauen Frieden und Sicherheit (1325, 1820, 1888, 1889, 1960, 2106, 2122, 2242) dazu.

Minderheiten (LGBTIQ und indigenous people) in Friedensprozessen” oder aber auch im Bereich “Konfliktprävention durch inklusive Entscheidungsprozesse“ setzen. Bundesaußenminister Maas könnte seinen Auftritt bei der Generalversammlung der Vereinten Nationen dazu nutzen, zu solchen Themen nachdrücklich Stellung beziehen.

2. **Intersektionale Aspekte** wie Religionszugehörigkeit, sexuelle Orientierung, sozialer Status und Alter sollten bei allen Initiativen und Diskussionen umfassender berücksichtigt werden. Deutschland kann auf die Komplexität und Vielschichtigkeit der Agenda zu Frauen, Frieden und Sicherheit aufmerksam machen.
3. Deutschland sollte **bei der Verabschiedung aller Resolutionen und Themen**, wie beispielsweise Diskussionen über bevorstehende Friedensmissionen, eine gleichberechtigte Teilhabe von Frauen fördern und eine intersektionale Geschlechterperspektive einbringen. Deutschland kann sich dabei u.a. an der feministischen Außenpolitik Schwedens orientieren.
4. **Konfliktanalysen**, Frühwarnsysteme und andere Formen der Datenerhebungen zu bewaffneten Konflikten müssen eine **Genderperspektive** berücksichtigen, damit nachhaltige, inklusive und umfassende Programme entwickelt werden können, die die Situation aller gesellschaftlichen Gruppen berücksichtigt.
5. Die **Beteiligung zivilgesellschaftlicher Organisationen und Aktivist*innen** muss weiter gestärkt und verankert werden. Mechanismen wie die informelle Expert*innengruppe, die „[Arria Formula](#)“, aber auch außerordentliche Sitzungen und Debatten geben dafür bereits Raum. Deutschland sollte sich dafür einsetzen, besonders lokale Frauenrechtler*innen und zivilgesellschaftliche Organisationen dabei zu Wort kommen zu lassen.
6. **Ressourcenkürzungen** sollten von Deutschland kritisiert und nach Möglichkeit aufgefangen werden. Akteur*innen für Frauen, Frieden und Sicherheit, darunter neben Projekten auch Initiativen und Organisationen, sollten langfristig und nachhaltig (durch “*core funding*”) unterstützt werden.
7. Die relevanten Ministerien in Deutschland (u.a. das Auswärtige Amt, BMFSFJ, BMJV, BMI, BMVG, BMZ, etc.) und die Ständige Vertretung in New York müssen ihre **innere Struktur und Kapazitäten** den neuen Herausforderungen anpassen und spezifischen Raum, Expertise und Stellen schaffen, die der Komplexität der Agenda zu Frauen, Frieden und Sicherheit gerecht werden.
8. Bestehende Akteure und **Menschenrechtsinstrumente** (wie der Menschenrechtsrat) müssen verstärkt unterstützt und genutzt werden. *Senior Gender Advisor* in UN-Friedensmissionen sollten z.B. mit angemessenen Kapazitäten ausgestattet und immer in Entscheidungsprozesse mit einbezogen werden.
9. **Einfluss in anderen regionalen Organisationen** (wie z. B. die bevorstehende EU-Ratspräsidentschaft Deutschland) sollte auch bei der strategischen Planung und Positionierung Deutschlands im Sicherheitsrat mitgedacht werden. Synergieeffekte sollten durch die zukünftige Mitgliedschaft, Verantwortung und Einflussnahme in diesen Entscheidungsgremien und Institutionen kohärent genutzt werden.
10. Eine gezielte, überzeugende **Medienarbeit** mit positiven Botschaften zur Agenda Frauen, Frieden und Sicherheit – etwa durch die Identifizierung und Stärkung von *gender champions*, die strategische Nutzung von sozialen Medien sowie zivilgesellschaftliche Bündnisse – kann der Wirkung des deutschen Engagements große Sichtbarkeit verleihen.